LTWP-14 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	0. Kapitel 14 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen – ländliche Räume - Landesplanung – Bauen und Stadtentwicklung – Ländliche Räume – Digitale Infrastruktur – Sport

Text

Für uns GRÜNE steht Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem Gewinnstreben, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir gerade beim Bauen und beim Planen von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken. Wir wollen Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von Gebäuden besonders fördern.

Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft zählt für uns auch ein gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide Haushaltsplanung, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in ihren Kommunen teilhaben können. Dazu gehört die digitale und politische Teilhabe genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden die entsprechende Infrastruktur fördern, so unter anderem den digitalen Service in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten können.

Nachhaltiges Haushalten

In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese erfolgreiche, nachhaltige Haushaltspolitik ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist. Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser Möglichstes getan und den betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen. Wir tun dies in einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020 können wir die rheinland-pfälzische Volkswirtschaft stabilisieren. Diese außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind nur aufgrund der soliden Haushaltsführung der letzten Jahre möglich.

An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein ausgeglichener Haushalt möglich ist. Die mühevolle Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre ist für uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere Verantwortung gegenüber

zukünftigen Generationen und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. Investitionen in den Klimaschutz sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz – ermöglicht.

Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen folgen. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Divestment-Strategie für Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere Kommunen.

Faire Steuerpolitik

Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise verlässliche Einnahmen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Bundesebene für ein gerechteres Steuersystem einsetzen, welches Steuern auf Kapital- und Gewinneinkommen und auf große Vermögen erhöht. Gleichzeitig lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt Steuersenkungen ab.

Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO2-Steuer müssen an die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug werden wir konsequent bekämpfen. Deshalb unterstützen wir Initiativen des Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz sorgen.

Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat, indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die Kontrolle der Landesbeteiligungen durch das Parlament wollen wir verbessern.

Digitale, zukunftsfähige Verwaltung

Wir GRÜNE stehen für eine digitale, bürgernahe und transparenteVerwaltung. In einem Klick am Ziel: So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und für alle Bürger*innen verständlich sein. Mit der Online-Wache der Polizei haben wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen

Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu erledigen.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierendeVerwaltung. Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge barrierefrei und in mehreren Sprachen sowie in verständlicher und einfacher Sprache anzubieten. Dazu gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer offen für Anfragen und Anliegen von Bürger*innen sein. Unser Wunsch ist ein Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das eindeutig zu zuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher, verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Gleichzeitig kommen wir dem Ziel der papierlosen Verwaltung näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Zukünftig sollen alle Landesbehörden und -ämter mit offenen WLAN-Hotspots ausgestattet werden. Diese können auch von Besucher*innen und Mitarbeiter*innen genutzt werden.

Politik einfach zugänglich machen

Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb möchten wir den Livestream der Landtagssitzungen auch auf die Ausschusssitzungen ausweiten. Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelingt nur, wenn Informationen frei zugänglich sind. Ein großer grüner Erfolg für eine neue Kultur der Offenheit und Partizipation in den Verwaltungen ist deshalb die Umsetzung des Landestransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die Veröffentlichungspflicht auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen barrierefreien digitalen Zugang zu Informationen erlauben, kommunal- und landespolitisch.

Korruptionsprävention

Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der Landesregierung sowie Spitzenbeamt*innen einführen. Wir wollen zudem den Schutz von Hinweisgeber*innen gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet werden. Die bestehende Einrichtung der Vertrauensanwält*innen als wichtige unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht werden.

Gute Arbeit im Landesdienst

Unsere Landesbeamt*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren über eine Steigerung der Beamtensoldung. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Landesbeamt*innen modernisieren und verbessern. Dazu zählt für uns ein umfassendes Gesundheitsmanagement, ein flexibles Modell für Altersteilzeit, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

Lebenslanges Lernen wollen wir unseren Beschäftigten ermöglichen. Wir unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich. Die Coronakrise führte zu einem riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

Zukunftsfähige Kommunen

Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret, wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen sind das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung essenziell.

Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger*innen nachvollziehbarer werden, beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber auch, dass Bürger*innen wissen müssen, welche Nebentätigkeiten von Bürgermeister*innen und Landrät*innen ausgeübt werden und wie viel Geld sie dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen

Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien familienfreundlicher gestalten und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern. Dafür benötigen wir Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

Kommunalfinanzen verbessern

Wir wollen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen. Deshalb müssen sie über eine ausreichende Finanzausstattung verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die finanzielle Lage der Kommunen nach einer positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme aufgebaut, um die Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die Hilfsprogramme des Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer keine Lösung für das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine stabile finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen. Deshalb müssen Land und Bund ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen wahrnehmen.

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturabhängig anwachsen. Die Reform des KFA im Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte bedacht wurden, zeigte positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten zahlreiche Kommunen in Rheinland-Pfalz ihren Haushalt ausgleichen und mithilfe des Kommunalen Entschuldungsfonds Schulden abbauen. Auf Landesebene wollen wir diese gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die positive Entwicklung fortgeschrieben wird.

Auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die

bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

Wir setzen uns weiterhin für einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete Kommunen ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren Teil zur Lösung beizutragen.

Auch auf kommunaler Ebene fordern wir Haushaltsdisziplin. Die Zeiten für prestigeträchtige Infrastrukturprojekte sind vorbei. Kommunen müssen ihre Einnahmeseite in den Blick nehmen und nach der Krise ihre Realsteuerhebesätze am bundesweiten Durchschnitt orientieren. Die Kommunalaufsicht hat bei der Einhaltung der Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss transparent, regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar auch für kommunale Räte sein. Wir streben daher eine Reform der Kommunalaufsicht an.

Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert

Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren Kommunen. Deshalb müssen die Vorgaben der Programme am Klimaschutz und der Lebensqualität der Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir Förderlotsen und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

Wir werden die begonnene Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) weiter umsetzen. Das Leitbild unserer Politik für starke Kommunen ist die Absicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen, die Lage der kommunalen Finanzen durch Fortschritte im Bereich der Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um Kosteneinsparungen, sondern um die Qualität der Verwaltung und den Service für die Menschen vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir: Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform ersetzen. Für uns ist klar: Wo immer interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist, wie im Bereich des Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll diese ausgebaut werden.

Ländliche Räume stärken

Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu zählt, dass jede*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer Mobilitätswende sorgen wir dafür, dass im ländlichen Raum mit einer Mobilitätsgarantie jede*r mit dem Nahverkehr von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine bessere Anbindung an überregionale Bus- und Bahnlinien. Aber auch Alternativkonzepte wie E-Dorfautos und On-Demand-Shuttleverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen Mobilfunk und Glasfaser an jeder Milchkanne in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir Dorfbüros schaffen. Um leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir regionale Gesundheitskonferenzen einführen und uns für genossenschaftliche

Gemeinschaftspraxen einsetzen. Wir setzen auch im ländlichen Raum auf hochwertige Arbeits- und Fortbildungsplätze sowie auf vielfältige, regional angesiedelte Bildungsmöglichkeiten wie beispielsweise den sehr erfolgreichen Umweltcampus Birkenfeld.

Nachhaltige Landesplanung

Das Ziel, die Flächenneuversiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit grüner Flächen- und Bodenpolitik möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein starkes Potenzial für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von Landesplanung, Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

Ökologischer Landesentwicklungsplan

Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen für die Erzeugung Erneuerbarer Energien. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um die knappe Ressource Fläche. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Für uns ist der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung weiterhin die Leitlinie jeder Planung.

Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung

Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende Flächenkonkurrenz an. Wir werden die Kommunen aktiv dabei unterstützen, diese Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche Stärkung des Vorkaufsrechtes der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den Kommunen ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein ökologisch-soziales Quartierskonzept gegenüber einer Höchstpreisvergabe bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer Kriterien in der Stadt- und Dorfentwicklung. Grundstücke in öffentlicher Hand sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden – selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und ökologisch orientierte Pächter*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

Lebenswerte Städte und Dörfer

Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit anpassen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame

Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge- Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen integriert werden.

Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte nachhaltige Planungsinstrumente wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise erweitern.

Bauen für eine klimaneutrale Zukunft

Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO2-Ausstoß bei der Herstellung von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das Bauen hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller Qualität entwickeln.

Priorität für Klimaschutz und Ökologie

Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren, die eine naturnahe Begrünung von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die wir gemeinsam mit unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

Wir werden mehr Stellplätze für Fahrräder schaffen, damit jede*r Bewohner*in eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor der Tür hat. Die zukunftsfähige Elektromobilität werden wir bereits bei der Bauplanung beachten und entsprechende Leitungsinstallationen in den Garagen vorhalten.

Klimaangepasst und nachhaltig bauen

Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige Aspekte wie Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialen, wie Holz, Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer landesweiten Holzbaustrategie werden wir das nachhaltige Bauen mit Holz weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land – seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen Bauens

landesweit einzusetzen, wollen wir eine Förderung des Landes zur Erstellung von Ökobilanzen bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten und Dachsanierungen werden wir eine Solarpflicht einführen.

Klimaschutz im Bestand stärken

Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den Denkmalschutz und den Klimaschutz miteinander verbinden. Wir setzen uns daher für eine kostenlose Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden. Die Sanierung und Weiterentwicklung von innovativen Quartierskonzepten, welche ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen, werden wir weiterhin fördern. Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und eine effiziente und schnelle Planung zu garantieren, werden wir die personelle und konzeptionelle Stärkung der Bauverwaltungen im Land prüfen.

Sport verbindet

Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung. Auf Sportplätzen oder in Sporthallen kommen Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen. Sport verbindet unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung. Für uns GRÜNE ist Sport mehr als Bewegung. Ob im Spitzen-, Vereins-, Breiten-, Schul- und Freizeitsport – Fairness und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt. Wir GRÜNE wollen eine vielfältige Sportlandschaft im Vereins- und Breitensport in Rheinland-Pfalz fördern.

Uns GRÜNEN ist die Gleichheit und Unversehrtheit aller Menschen wichtig. Daher wollen wir Inklusionim Sport besonders fördern. Wir unterstützen Projekte gegen Rassismus, Homofeindlichkeit und Gewalt. Unser Augenmerk liegt bei der Förderung von Sportprojekten auf sozial benachteiligten Gruppen, denn weder der Geldbeutel noch der Aufenthaltsstatus darf Menschen den Zugang zum Sport verwehren. Weiter vorantreiben wollen wir die Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz durch eine kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten.

Sport hat eine Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den Kampf gegen Doping weiterführen und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich stärken. Die Verantwortung für einen fairen und sauberen Sportwettkampf liegt beim Sport selbst. Bei der Anti-Doping-Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA) setzen wir auf die Eigenverantwortung des Sports, ohne die Steuerzahler*innen zu belasten.

eSport als eigene Sportart anerkennen

In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Ein gutes Beispiel ist der Sport. Schon längst passiert der sportliche Wettkampf nicht nur auf dem Sportfeld, sondern auch am Computer. Bislang ist eSport im deutschen Vereins- und Verbandwesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen die Anerkennung von eSport als eigene Sportart.

Nachhaltige Vorgaben für Events und Sportstätten

Die integrative Kraft vom Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher Veranstaltungen muss sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen. Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein Mitspracherecht soll die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

Zugang zu modernen Sportstätten fördern

Damit Sport überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau von Sportstätten im Land ein. Wir GRÜNE wollen Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen. Dabei ist Kunstrasen auf Sportstätten ein Tabu. Mikroplastik gefährdet die Gesundheit von Menschen und ist schädlich für die Umwelt. Wir GRÜNE wollen Neu- und Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen fördern, damit der Sportbetrieb sicher, umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung weiterläuft.

Jedes Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir Seepferdchen für alle. Um das zu erreichen, wollen wir die maroden Schwimmbäder im Land im Rahmen eines Sonderförderprogramms sanieren.